



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

10. hét

2018.03.05.

ZUSAMMENFASSUNG

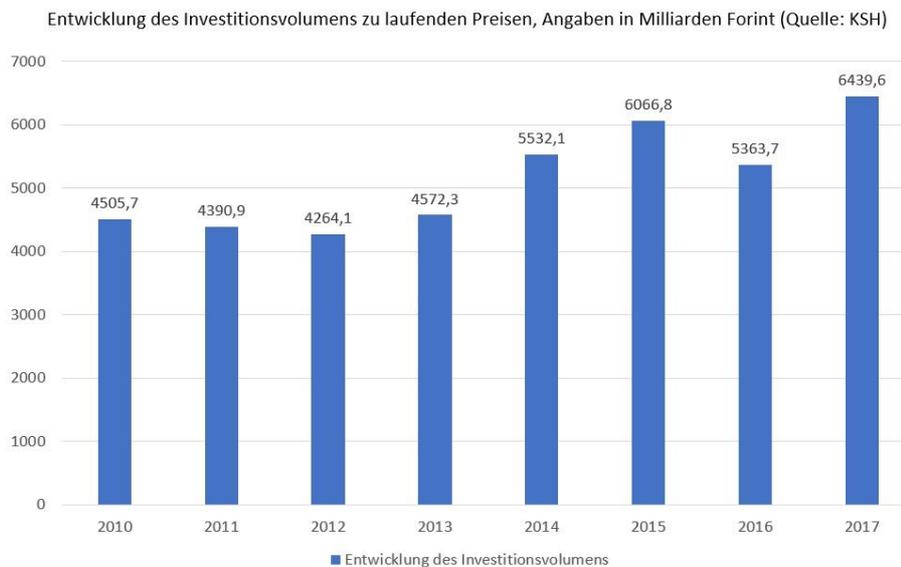
- **INVESTITIONEN WUCHSEN 2017 IM REKORDTEMPO.** Im vergangenen Jahr wurden hierzulande Investitionen von annähernd 6.500 Milliarden Forint verwirklicht, 17% mehr, als ein Jahr zuvor. Die Wachstumsdynamik war im vergangenen Jahr die größte seit 1995, wozu in entscheidendem Maße die Kapazitätsausweitungen der Unternehmen, die Fördermittel der Europäischen Union und die Entwicklungsprojekte in der Bauindustrie beitrugen.
- **ZWEI DRITTEL DER MITTELEUROPÄER ZEIGEN SYMPATHIEN FÜR UNGARN.** Die Beurteilung der benachbarten Länder und der mit diesen unterhaltenen Beziehungen ist hierzulande positiv, geht aus einer Meinungsumfrage des Nézópont-Instituts hervor. Diese Erhebung zeigt zugleich, dass die Beurteilung der Ukraine binnen eines Jahres drastisch, um 8 Prozentpunkte gefallen ist, während das Werturteil der bilateralen ungarisch-ukrainischen Beziehungen sogar um 18 Prozentpunkte zurückfiel. Die Forschung untersuchte zugleich die Bewertung Ungarns in acht Ländern Mittelosteuropas, wobei mehr als sechs von zehn Befragten (63%) eine positive Meinung von unserem Land haben.
- **SIEBEN VON ZEHN MITTELEUROPÄERN SIND GEGEN DIE EINWANDERUNG.** Das Nézópont-Institut nahm neben Ungarn in weiteren zehn mitteleuropäischen Ländern Meinungsumfragen vor. Ausgehend von den Ergebnissen der Umfrage sind knapp drei Fünftel der Befragten (58%) dagegen, dass die nach Europa kommenden Einwanderer auf der Grundlage einer Ansiedlungsquote unter den EU-Mitgliedstaaten aufgeteilt werden. Sieben von zehn Mitteleuropäern (73%) halten die Einwanderung von außerhalb des Kontinents aus dem Gesichtspunkt Europas insgesamt gesehen eher für schlecht. Die Hälfte der Mitteleuropäer (51%) ist zudem unzufrieden mit der Führung der Europäischen Union in Brüssel. Im Hintergrund dessen steht, dass der Anteil jener, die zufrieden damit wären, wie Brüssel die Frage der illegalen Grenzübertritte behandelt, in keinem einzigen Land über einem Drittel rangiert.
- **DER EINSATZ DER WAHLEN AM 8. APRIL HAT SICH NICHT VERÄNDERT.** Der Einsatz der Parlamentswahlen am 8. April hat sich auch im Ergebnis der Nachwahl des Bürgermeisters von Hódmezővásárhely nicht geändert, denn auch weiterhin bleibt die Einwanderung die relevanteste Frage im Wahlkampf. Denn die Frage, mit wem wir zusammenleben sollen, ist wichtiger und eher als eine Priorität aufzufassen, als jede fachpolitische Frage.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Investitionen wuchsen 2017 im Rekordtempo

Im vergangenen Jahr wurden hierzulande Investitionen von annähernd 6.500 Milliarden Forint verwirklicht, 17% mehr, als ein Jahr zuvor. Die Wachstumsdynamik war im vergangenen Jahr die größte seit 1995, wozu in entscheidendem Maße die Kapazitätsausweitungen der Unternehmen, die Fördermittel der Europäischen Union und die Entwicklungsprojekte in der Bauindustrie beitrugen.

Im vergangenen Jahr erhöhte sich das Gesamtvolumen der Investitionen um 16,7% gegenüber 2016, wofür es seit 1995 kein Beispiel gab. Dank dieses Wachstums kletterte das Investitionsvolumen auf den historisch höchsten Wert, mit annähernd 6.500 Milliarden Forint. Mehr als ein Drittel (35,6%) der Investitionen wurde im vierten Quartal realisiert, nachdem der Anteil im ersten Halbjahr noch weniger als 40% erreicht hatte.



Zwei Drittel der im vergangenen Jahr realisierten Investitionen entfielen auf den Unternehmenssektor (verarbeitendes Gewerbe, Infokommunikationssektor, Agrarwirtschaft und Logistik). Ein Drittel der Investitionen galt dem Privatsektor, dem Bildungswesen und der Verwaltung. Rund 60% sind drei Wirtschaftszweigen, dem verarbeitenden Gewerbe (+7,3%), Transportwesen und Logistik (+24,1%) und Immobilien (+22,5%) zuzuordnen. Darüber hinaus nahm das Volumen der Investitionen in der Fremdenverkehrsbranche gegenüber 2016 um 29,1% und im Baugewerbe um 11,2% zu.

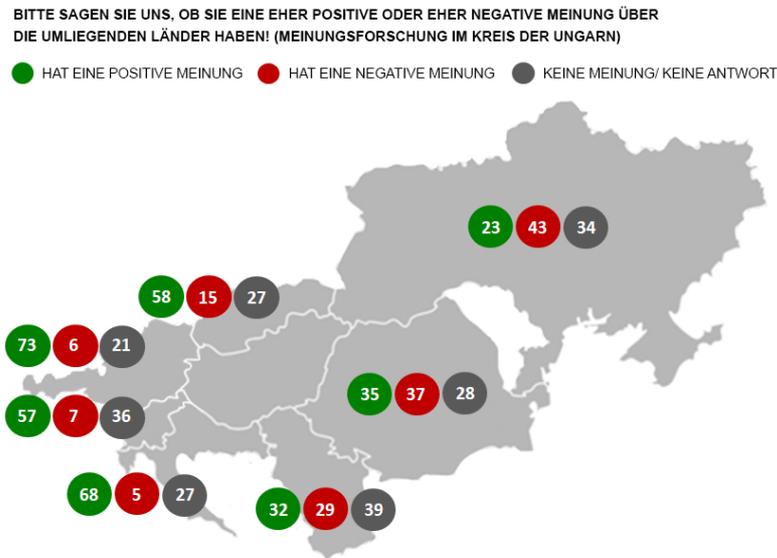
Beflügelt wurde das Investitionswachstum durch das Wohnungsbauprogramm sowie die 2017 vorgenommenen Steuersenkungen. Im vergangenen Jahr sank der Einheitsatz in der Körperschaftsteuer für die Klein- und mittelständischen Unternehmen sowie für die Großunternehmen auf 9%, was sich stimulierend auf Investitionsentscheidungen von Unternehmen auswirkt, die sich neu ansiedeln wollen, ebenso wie auf geplante Kapazitätsausweitungen bereits hierzulande angesiedelter Unternehmen.

AUSSENPOLITIK, AUSSENWIRTSCHAFT

Zwei Drittel der Mitteleuropäer zeigen Sympathien für Ungarn

Die Beurteilung der benachbarten Länder und der mit diesen unterhaltenen Beziehungen ist hierzulande positiv, geht aus einer Meinungsumfrage des Nézőpont-Instituts hervor. Diese Erhebung zeigt zugleich, dass die Beurteilung der Ukraine binnen eines Jahres drastisch, um 8 Prozentpunkte gefallen ist, während das Werturteil der bilateralen ungarisch-ukrainischen Beziehungen sogar um 18 Prozentpunkte zurückfiel. Die Forschung untersuchte zugleich die Bewertung Ungarns in acht Ländern Mittelosteuropas, wobei mehr als sechs von zehn Befragten (63%) eine positive Meinung von unserem Land haben.

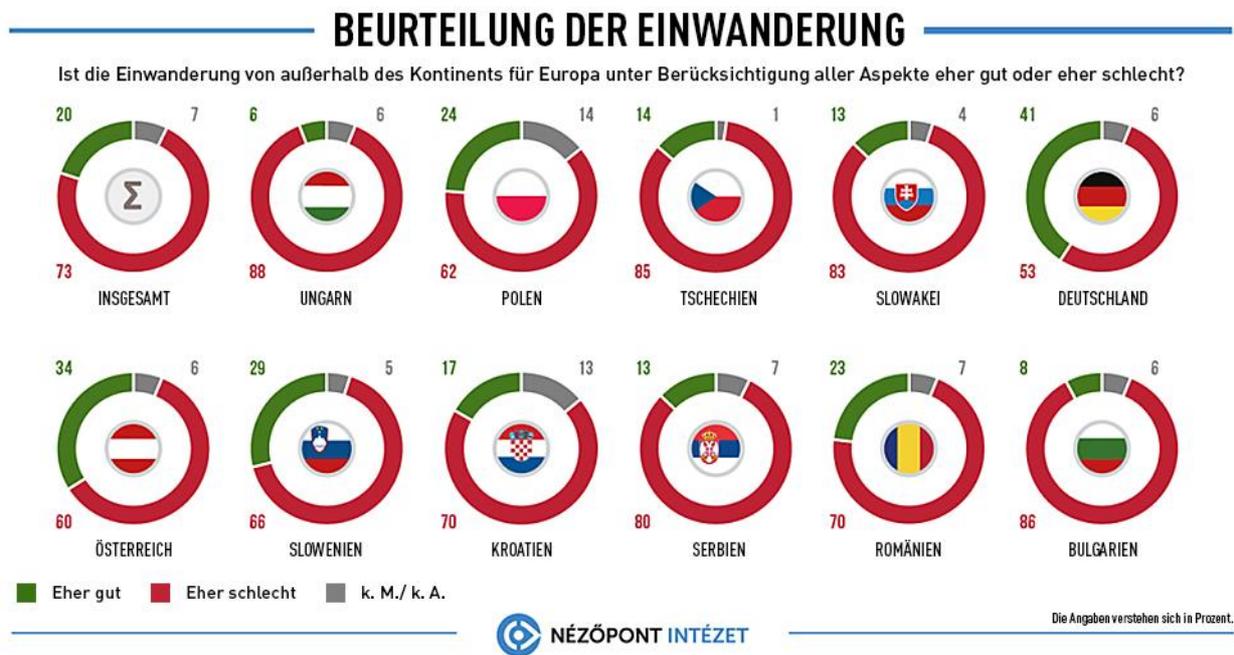
Die befragten Ungarn äußerten hauptsächlich in Bezug auf Österreich (73%), Kroatien (68%), die Slowakei (58%) und Slowenien (57%) eine positive Meinung. Im Falle Serbiens und Rumäniens halten sich die positiven und die negativen Meinungen ungefähr die Waage. Die Beurteilung der Ukraine fällt derweil im Kreis der Ungarn eindeutig negativ aus, nachdem nur 23% eine positive und 43% eine negative Meinung über unseren östlichen Nachbarn formulierten. Im Hintergrund dürften die Debatten um das Bildungsgesetz stehen, mit dem die ungarische Minderheit in Transkarpatien benachteiligt wird, sowie die Übergriffe auf die Ungarn. Die Beurteilung der übrigen Länder und die Ansichten hinsichtlich der jeweiligen bilateralen Beziehungen zeigten im Vergleich zu 2016 nahezu überall eine Besserung oder veränderten sich nicht wesentlich.



Die Meinungsforschung untersuchte außerdem die Beurteilung Ungarns in acht mitteleuropäischen Ländern (Polen, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Kroatien, Serbien, Rumänien und Bulgarien). In den untersuchten Ländern äußerten mehr als sechs von zehn Befragten (63%) eine positive Meinung zu Ungarn.

Sieben von zehn Mitteleuropäern sind gegen die Einwanderung

Das Nézópont-Institut nahm neben Ungarn in weiteren zehn mitteleuropäischen Ländern Meinungsumfragen vor. Ausgehend von den Ergebnissen der Umfrage sind knapp drei Fünftel der Befragten (58%) dagegen, dass die nach Europa kommenden Einwanderer auf der Grundlage einer Ansiedlungsquote unter den EU-Mitgliedstaaten aufgeteilt werden. Sieben von zehn Mitteleuropäern (73%) halten die Einwanderung von außerhalb des Kontinents aus dem Gesichtspunkt Europas insgesamt gesehen eher für schlecht. Die Hälfte der Mitteleuropäer (51%) ist zudem unzufrieden mit der Führung der Europäischen Union in Brüssel. Im Hintergrund dessen steht, dass der Anteil jener, die zufrieden damit wären, wie Brüssel die Frage der illegalen Grenzübertritte behandelt, in keinem einzigen Land über einem Drittel rangiert.



Die Forschung zeigt in erster Linie, dass sieben von zehn Mitteleuropäern (73% aller Befragten) die Einwanderung von außerhalb des Kontinents für Europa unterm Strich eher als schlecht ansehen. Im Kreis der Ungarn erreicht dieser Anteil 88%, bei den Bulgaren 86%, bei den Tschechen 85% und bei den Slowaken 83%. Ein ähnlich hoher Anteil der Befragten lehnt die Einwanderung auch in Serbien ab (80%), ebenso wie in Rumänien und Kroatien (jeweils 70%), in Slowenien (66%) und in Polen (62%). Bemerkenswert ist zugleich, dass selbst unter den Deutschen der Anteil jener Befragten, die eine Einwanderung von außerhalb des Kontinents ablehnen, noch 53% und bei den Österreichern sogar 60% erreicht.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

Der Einsatz der Wahlen am 8. April hat sich nicht verändert

Der Einsatz der Parlamentswahlen am 8. April hat sich auch im Ergebnis der Nachwahl des Bürgermeisters von Hódmezővásárhely nicht geändert, denn auch weiterhin bleibt die Einwanderung die relevanteste Frage im Wahlkampf. Denn die Frage, mit wem wir zusammenleben sollen, ist wichtiger und eher als eine Priorität aufzufassen, als jede fachpolitische Frage.

Eine außerordentlich wichtige Lehre der Nachwahl von Hódmezővásárhely lautet, dass die verschiedenen, Einfluss suchenden Interessengruppen den Kampf im Vorfeld der Parlamentswahlen vom 8. April noch ganz und gar nicht aufgegeben haben. George Soros und Lajos Simicska arbeiten weiter am Umbau und an der Aktivierung des Oppositionslagers.

Die Gegner der Regierungsparteien Fidesz-KDNP traten derweil deutlicher als bisher ins „Rampenlicht“. Indem in Hódmezővásárhely ein der Jobbik nahestehender Wahlkampfleiter der Opposition mit dem Netzwerk von Aktivisten der Partei des Ex-Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány zu kooperieren vermochte, deutet sich an, dass diese Art der Zusammenarbeit auch bei den Parlamentswahlen zur Anwendung gelangen könnte. Freilich wird die Opposition bis zum letzten Moment dementieren, dass derlei geschieht, nachdem ein Großteil der Sympathisanten der Oppositionsparteien auch weiterhin eine Kooperation dieser Parteien nicht begrüßen kann. Sollte diese Art der Kooperation ans Tageslicht gelangen, könnte das dazu führen, dass ein Teil der Oppositionswähler lieber auf sein Stimmrecht verzichtet. Technisch ist eine umfassende Koordinierung im Übrigen unmöglich, nachdem am Montagnachmittag die Frist zur Aufstellung von Kandidaten abläuft. Die Parteien müssen des Weiteren darauf achten, dass sie mindestens 27 Kandidaten in Direktwahlkreisen in mindestens neun Komitaten und der Hauptstadt im Rennen halten, um zur Nominierung von Landeslisten berechtigt zu bleiben. Obendrein verknüpfen die Parteien damit auch finanzielle Interessen, wie schließlich noch eine Optimierung der Reststimmen einen wichtigen Aspekt darstellt.

In den folgenden Wochen dürfte übrigens die umstrittene Person von Ferenc Gyurcsány im Wahlkampf stärker in den Vordergrund rücken. Der ehemalige Ministerpräsident konnte seine Position gegenüber der MSZP bereits stärken, während die übrigen Oppositionsparteien auch weiterhin keinen Zulauf finden. Deshalb könnte Gyurcsány, der über eine starke internationale Vernetzung und ein beträchtliches Vermögen verfügt, in der heißen Phase des Wahlkampfes mutiger werden. Das wiederum könnte bei den unentschlossenen Wählern einen abstoßenden Effekt auslösen.

Der Wahlkampf in Hódmezővásárhely konzentrierte sich nicht auf landesweit relevante Themen wie die Einwanderung. Eine wichtige Lehre lautet, dass die Erfolgskampagne an sich in einem landesweiten Wahlkampf nicht viel wert ist. Die Opposition könnte nämlich – in unverantwortlicher Weise – leicht jene Erfolge, auf die das Regierungslager im Übrigen zurecht stolz ist, zu übertrumpfen

versuchen. Deshalb wird sich der Wahlkampf der Regierungsparteien auch nicht ändern, weshalb der Einsatz bei den Parlamentswahlen am 8. April unverändert ist. Auch weiterhin bleibt die Frage der Einwanderung das relevanteste Thema im Wahlkampf. Es ist nämlich weitaus wichtiger als jede fachpolitische Frage und von oberster Priorität, mit wem wir zusammenleben sollen.

PROGNOSE

- **Am 6. März um 16 Uhr endet die Frist zur Anmeldung der Landeslisten.** Die Parteienlisten müssen bis zu diesem Zeitpunkt beim Nationalen Wahlausschuss eingereicht werden.
- **Bis zum 6. März können die Selbstverwaltungen der Minderheiten noch Unterschriften sammeln und ihre Landeslisten beim Nationalen Wahlausschuss anmelden.**
- **Am 9. März nimmt die Ratingagentur Fitch eine Bewertung zur Bonität der ungarischen Staatsschulden vor.** Gegenwärtig betrachten alle drei großen internationalen Ratingagenturen Ungarn als kreditwürdig.
- **Am 10. März begehen die MSZP und die Dialogpartei Párbeszéd gemeinsam den Frauentag in Budapest.**
- **Am 11. März hält die Schuldnerkammer eine Demonstration am Szabadság tér ab.** Die Schuldnerkammer wurde eingerichtet, um den in Fremdwährungskrediten verschuldeten Menschen zu helfen; ihre Zielstellungen werden unter den Parlamentsparteien allein von der LMP unterstützt.
- **Am 12. März nehmen die Spitzenkandidaten Gergely Karácsony, Bernadett Szél und Gábor Vona an einer öffentlichen Debatte mit den Repräsentanten des Unabhängigen Schülerparlaments teil.** Die Gesprächsteilnehmer wollen über die Lage im ungarischen Bildungswesen debattieren.